

Beilage zu Nummer 17 der Volksstimme.

Freitag den 21. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 21. Januar 1916.

Vereinfachte Volksernährung.

Von H. Reinert, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

Mit der Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel haben die meisten Städte schlechte Erfahrungen gemacht. Sind die Preise für Lebensmittel niedrig festgesetzt, kann jede Stadt mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Waren, die der Bevölkerung von außerhalb zugeführt werden müssen, in die Städte mit höheren Preisen wandern, auch gar aus der Stadt selbst ausgeführt werden. Deshalb handeln viele Gemeinden nach dem Grundsatz: Lieber teure Lebensmittel als gar keine. Das bedeutet aber für die ärmere Bevölkerung auch so viel wie gar keine Ware.

Wie mit der Abwanderung der Lebensmittel, so steht es auch mit der Verarbeitung der Rohstoffe zu Nahrungsmitteln. Es ist außerordentlich schwierig, alle Sorten eines Gegenstandes mit Höchstpreisen zu bedenken, und dann werden in der Regel die Rohstoffe nur zu den Waren verarbeitet, für die Höchstpreise nicht festgesetzt sind und die deshalb teurer verkauft werden können. In dieser Beziehung sind die schlimmsten Erfahrungen bei der Wurst gemacht worden.

Nach der preussischen Ausführungsanweisung sind die Preise für Wurst im Verhältnis zu den Preisen für frisches Schweinefleisch festzusetzen. Wohl kaum in einer Stadt sind die Spannungen zwischen Fleisch und Wurst aus der Friedenszeit zugrunde gelegt, die Wurstpreise sind viel höher festgesetzt. Deshalb ist frisches Schweinefleisch kaum zu kaufen; es wird zu Wurst verarbeitet, weil dann ein höherer Gewinn zu erzielen ist. Im „Reichsanzeiger“ vom 22. Dezember 1915 war nachgewiesen, daß in 16 deutschen Großstädten der Schlachtauftrieb von 60.565 vor Festsetzung der Höchstpreise auf 16.873 zurückgegangen war und daß der Auftrieb in der Woche vom 13. bis 18. Dezember 27.058 Stück, also noch nicht einmal die Hälfte des früheren Auftriebes, erreicht hatte. Dazu schrieb der „Reichsanzeiger“:

„Zur Würdigung dieser Zahlen muß noch hinzugefügt werden, daß auch die aufgetriebenen Schweine nicht zum Verkauf als frisches Schweinefleisch gedient haben, sondern fast ganz von den Wurst- und Konserverfabriken verarbeitet worden sind, so daß allein in den oben genannten 16 Großstädten Deutschlands jetzt wöchentlich mindestens 80.000 Schweine weniger für die Fleischversorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehen, als es vor Einführung der Höchstpreise der Fall war. Die Menge der geschlachteten Schlachtschweine ist unter Umgehung der großen Märkte direkt in die Wurst- und Konserverfabriken gelangt. So teilte die amtliche Notierungskommission in Hannover am 18. und 16. Dezember mit, daß an den beiden Tagen außer den 479 aufgetriebenen Schweinen 1085 Schweine für Konserverfabriken gehandelt worden seien. Nach der Ansicht des Landwirtschaftsministers wird die städtische Bevölkerung frisches Schweinefleisch solange nicht in genügender Menge kaufen können, als die Kleinhandelspreise für Wurst, Fleischwaren und Konserver nicht in solchem Verhältnis zu den Kleinhandelspreisen für frisches Schweinefleisch festgesetzt sind, daß der Verkauf des letzteren ebenso lohnend oder noch lohnender ist als der der ersteren. Die Sachlage ist jetzt so, daß die Landwirte nach Einführung der Höchstpreise für den Zentner Lebendgewicht etwa 40 Mark weniger als früher bekommen, während die aus diesen billigeren Schweinen hergestellten Wurstwaren, Schinken, Speck und Konserver für ebenso hohe Preise wie früher weiterverkauft werden dürfen. Nimmt man an, daß in den fünf Wochen seit Einführung der Höchstpreise in Deutschland die Landwirte etwa eine Million Schlachtschweine verkauft haben, so würde die Landwirtschaft bei einem durchschnittlichen Gewicht des Stückes von nur anderthalb Zentner oder 75 Kilogramm 50 Mark für das Schwein, also insgesamt 60 Millionen Mark weniger erzielt haben als unter den früheren Marktpreisen. Diese 60 Millionen Mark sind nicht den Konsumenten, sondern den Schlachtern und den Wurst- und Konserverfabriken zugute gekommen.“

Diese Darlegungen sind soweit richtig, als sie sich auf Fleisch und Wurst beziehen; sie sind aber ganz falsch, soweit sie nachweisen sollen, daß die Landwirtschaft 60 Millionen Mark weniger aus dem Schweineverkauf erzielt haben soll. Reim, die Preise für Schweine ab Stall sind nicht niedriger als vorher; die Landwirte bekommen ab Stall oft mehr, als der vom Bundesrat festgesetzte Höchstpreis für den Zentner beträgt. Dazu kommt Gewichtsverlust, Transport, Versicherung usw., jedoch der Metzger beim direkten Kauf beim Landwirt für ein Pfund Lebendgewicht oft mehr bezahlen muß, als er für frisches Schweinefleisch wiedererhält.

Dann beantragen die Metzger bei der Stadt fortgesetzt eine Erhöhung der Wurstpreise, damit sie die hohen Einkaufspreise wieder ausgleichen können. Leider geben die Gemeinden in diesem Punkte nach (auch Frankfurt hat das getan! Red. d. „V.“), ohne zu bedenken, daß damit die ganze Verordnung des Bundesrats außer Kraft gesetzt wird. Die Verordnung ist so unvollständig wie nur möglich. Sie setzt Höchstpreise für 32 deutsche Städte fest, die außerdem nur noch in Gemeinden mit Schlachthöfen gelten; in allen anderen Gemeinden gibt es keine Höchstpreise. In einigen Städten, in denen die Höchstpreise für Schlachtschweine gelten, ist sogar der Verkaufspreis für frisches Schweinefleisch höher festgesetzt, als die Bundesratsverordnung zuläßt. Diese Verletzung der Vorschrift wird von oben her aber geduldet und damit begünstigt! Jedenfalls kann gesagt werden, daß die Verordnung über Schlachtschweine ihren Zweck, eine Verbilligung des Schweinefleisches herbeizuführen, nicht erreicht hat. Sie hat das frische Schweinefleisch ganz beseitigt. Und da sich die Regierung beharrlich weigert, trotzdem auch landwirtschaftliche Preise dafür eintreten, Stallpreise festzusetzen, so ist nicht zu erwarten, daß die Verordnung irgendwie wirksam wird. Solange die Gemeinden, die für Fleisch und Fleischwaren Höchstpreise festsetzen müssen, bei der Festsetzung der Höchstpreise die tatsächlichen Einkaufspreise berücksichtigen, tragen auch sie die Schuld an der Umgehung der Verordnung und stützen dadurch den Widerstand der Regierung gegen eine notwendige Ergänzung ihrer Verordnung. Warum soll auch die Regierung eingreifen, wenn die Gemeinden durch Zuwiderhandeln gegen den Geist der Verordnung die Regierung entlasten und den Unwillen des Publikums selbst auf sich nehmen?

Die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen und Hessen-Nassau.

Vom Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband wird uns berichtet:

Der Arbeitsmarkt im Monat Dezember war, wie jedes Jahr, ruhig. Von Seiten der Arbeitnehmer wird des Weihnachtseffektes wegen ein Wechsel gern vermieden. Im Metallgewerbe herrscht, wie schon seit mehreren Monaten, Mangel an gelernten Leuten, hauptsächlich an Drechern, Spenglern, Schlossern, Monteuren und Schmieden. Hilfsarbeiter in größeren Betrieben wurden nicht mehr so viel verlangt, wie in den Vormonaten. Beschäftigungsgelegenheiten für Sattler und Tapezierer war bis zum Weihnachtseffekte gut, ließ dann aber nach. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe war die Lage zufriedenstellend, doch herrscht an manchen Plätzen Mangel an tüchtigen Möbelschreibern für bessere polierte Arbeiten. In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mangelte es, wie schon seit Monaten, besonders bei den Mehlern, an jüngeren gelernten Kräften. Man hilft sich vielfach durch Einstellung von Kriegsgefangenen. Auch eine große Anzahl Bäckereien hat durch Einstellung von Kriegsgefangenen dem teilweisen Arbeitermangel obhelfen müssen. Der Geschäftsgang in der ganzen Tabakindustrie war im Berichtsmonat gut. Ein in Wiesbaden in einer Zigarettenfabrik ausgebrochener Streik konnte nach 2 Tagen beigelegt werden. Im Kleiderungs- und Reinigungs-gewerbe trat eigentlich nur bei den Schuhmachern gegenüber dem Vormonat eine kleine Besserung ein. Die Zivilschneiderei, obwohl wie die Uniformschneiderei und die Damenkonfektion waren weniger gut beschäftigt.

Die Bautätigkeit war in der ersten Hälfte des Monats durch die günstige Witterung noch einigermaßen zufriedenstellend, nahm aber gegen Ende des Monats ab. Trotdem wurden noch Maurer und Zimmerer gesucht. Berichte aus den Kreisen Fulda, Dieburg, Gießen melden nur eine geringe Bautätigkeit. Im graphischen Gewerbe hat sich die Geschäftslage gegen den Vormonat nicht verschlechtert, wohl aber bei den Schriftgießereien. Es traten Verzögerungen der täglichen Arbeitszeit von 1-2 Stunden ein. Nach Schätzungen werden in den Frankfurter Schriftgießereien zurzeit nur ca. 16 Prozent der vor dem Kriege tätigen Gehilfen beschäftigt. Die Arbeitsmarktlage im Gastwirtschaftsgewerbe war dieselbe wie im Vormonat. Bei den größeren Gastwirtschaftsbetrieben des Verbandes liefen die Aufträge für alle Branchen zahlreich ein, konnten aber wegen Mangel an geeignetem Personal nicht alle erledigt werden.

Für ungelernte Arbeiter war die Beschäftigung im Berichtsmonat gegen Erwarten nicht günstig. Der Bericht des Stadt. Arbeitsamtes Frankfurt a. M. führt den Rückgang der offenen Stellen, die sonst gerade im Monat Dezember immer steigen, auf die Mehrbeschäftigung von Frauen zurück, so zum Beispiel bei der Post. Hauptsächlich verursacht durch den schwindenden Kurs der deutschen und holländischen Münzen fand unter den Rheinischern eine Lohnbewegung statt. Es fanden zwischen den Schiffen und den in Betracht kommenden Reedereien Verhandlungen statt um einen Streik abzuwenden. Die Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft war, wie immer im Monat Dezember, gut.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war besonders für Wäsche- und Putzfrauen die Beschäftigungsgelegenheit günstig. Auch für gewerbliche Arbeiterinnen besserte sich die Beschäftigungsgelegenheit, dagegen war für Heimarbeiterrinnen die Lage immer noch ungünstig.

Ein interessanter Einkommensteuer-Streit.

Das Oberverwaltungsgericht hatte jetzt in einem Rechtsstreit des Privatisten und Stadtverordneten J. A. Gläser gegen den Magistrat von Wiesbaden zu entscheiden, ob auch ausländische Gesellschaften als Gesellschaften m. b. H. im Sinne des § 49 des Kommunalabgaben-Gesetzes in Betracht kommen können. Der Magistrat von Wiesbaden hatte Herrn Gläser für 1912 zu einer Gemeinde-Einkommensteuer von 4400 Mark herangezogen, indem er gemäß der staatlichen Veranlagung ein Gesamteinkommen von 114.768 Mark zugrunde legte, wovon 108.060 Mark als Einkommen aus Kapitalvermögen angegeben wurden. Herr Gläser klagte auf Verabfolgung der Gemeinde-Einkommensteuer auf nur 1100 Mark. Und zwar beantragte er die Kürzung der Gemeinde-Einkommensteuer um den Betrag, der auf seine aus einem gewerblichen Unternehmen in England fließenden Einkünfte entfällt. Diese betrügen 100.160 Mark und dürften in seinem Wohnort Wiesbaden nicht versteuert werden, und zwar schon deshalb nicht, weil das englische Unternehmen, dessen Anteilhaber er ist, eine „private Company Limited by shares“ sei, die in ihrem Wesen und der deutschen „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ entspreche. Es müßte hier § 49 des Kommunalabgaben-Gesetzes angewendet werden, wo bestimmt sei:

Bei Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer in ihrer Wohnsitzgemeinde ist, unbeschadet der Bestimmungen des § 25, derjenige Teil des Gesamteinkommens, welcher in anderen preussischen Gemeinden aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, aus Handel und Gewerbebetrieb, einschließlich des Vergütungs, sowie aus der Beteiligung an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§ 21, Nr. 2) gewonnen wird, außer Rechnung zu lassen.

Der Bezirksauskunft in Wiesbaden wies aber die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil und führte u. a. aus: Die englische Gesellschaft falle nicht unter den Begriff der Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Sinne des § 49 des Kommunalabgaben-Gesetzes, denn aus der Entstehungsgeschichte der fraglichen Bestimmungen ergebe sich, daß zu den Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Sinne dieser gesetzlichen Bestimmungen nur deutsche Gesellschaften gerechnet werden sollten. Mit Recht sei das Einkommen des Klägers aus seiner Beteiligung an der englischen Gesellschaft von der Kommune als Einkommen aus Kapitalvermögen besteuert worden.

Operation an einem Kinde gegen den Willen des Vaters. Das Frankfurter Amtsgericht hat einen interessanten Rechtsstreit entschieden, nämlich die Frage, ob an einem minderjährigen Kinde eine Operation gegen den Willen des Vaters vorgenommen werden darf.

Es handelte sich um einen Schüler, der an einer doppel-seitigen chronischen Mittelohrentzündung mit Ausfluß litt. Durch Beschluß des Landgerichtes wurde die elterliche Gewalt dahin eingeschränkt, daß der Anabaz bezüglich des Kindeslebens in ärztliche Behandlung zu bringen sei. Letztere solle sich auf operative marklosofreie Beseitigung der Nasenmandeln und daran anschließende konservative Behandlung des Ohrenlebens beschränken. Zur Ausführung der Frage, ob zur Beseitigung des Leidens ein operativer Eingriff notwendig sei, wurde dem Anaben in der Person eines Assistenzarztes ein Pfleger bestellt. Nach dessen Urteil war es absolut notwendig, daß wenigstens die Nasenmandeln entfernt und dann die konservative Behandlung des Leidens durchgeführt wurde. Das Gericht glaubte auch ohne Zustimmung des Vaters die Anordnung treffen zu können, weil die angeordnete Operation als eine gefahrlose zu betrachten sei, sie kann ohne Marklose gemacht werden und bringe mit großer Wahrscheinlichkeit den Erfolg, daß das Ohrenleiden zur Ausheilung gelangen werde, während aus einer Unterlassung dagegen ernstliche Gefahren für den Anaben erwüssten. Der Vater befandete nicht nur mangelndes Verständnis, sondern auch eine Rücksichtslosigkeit gegenüber seinem Sohn, der dadurch in seiner Gesundheit und seinem Fortkommen geschädigt werde. Die Weigerung des Vaters sei daher als ein Mißbrauch des Personenvermögens anzusehen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Der hessische Hauptvoranschlag

Über die Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1916 ist mit dem Entwurf eines Finanzgesetzes, sowie einer Denkschrift des Finanzministeriums, welche der Zweiten Kammer des hessischen Landtages zugegangen. Die Denkschrift befaßt sich zunächst mit dem Ergebnis der Rechnungsjahre 1914 und 1915 und führt dann aus, daß es mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse und selbst, wenn man annimmt, daß man im laufenden Jahre wieder mit friedlichen Verhältnissen zu rechnen hat, es sehr schwer sei, die Auswirkungen des Krieges einigermaßen zahlenmäßig einzuschätzen. Der Hauptvoranschlag schließt mit dem Betrag von 90.947.718 Mark in Einnahme und Ausgabe ab und endet mit einem Fehlbetrag von 4.573.689 Mark. Dieser Fehlbetrag soll nicht ganz aus dem Reiterfonds, der noch etwas über 8 Millionen Mark beträgt, aus nicht, wie 1914 und 1915 durch Staatskredite, sondern zum Teil durch Steuerauslässe zur Einkommen- und Vermögenssteuer gedeckt werden, und zwar wird vorgeschlagen, die Vermögenssteuer um 5 Pfennig und die Einkommensteuer um 20 vom Hundert zu erhöhen. Danach wird der Einheitsfuß der Vermögenssteuer 1 Mark bei 1000 Mark Vermögen und die Belastung des höchsten Einkommens etwa 6,75 Mark vom Hundert des Einkommens betragen. Man würde damit dem württembergischen Einheitsfuß etwa gleichkommen, hinter dem badischen etwas zurückbleiben und den zukünftigen preussischen (80 Pfennig) um etwas übersteigen. Die Einkommensteuer wird hinter dem höchsten preussischen Satz erheblich zurückbleiben. Die vorgeschlagene Steuererhöhung würde, wenn sie angenommen wird, einen Gesamtertrag von 2.828.400 Mark bringen, der noch fehlende Rest soll dem Reiterfonds mit 1.745.000 Mark entnommen werden. Bei den bisherigen Steuerläsen sind die Erträge aus Einkommen- und Vermögenssteuer um etwa 610.000 Mark höher angelegt.

Die Stempel-einnahme ist um 2.700.000 Mark geringer, also auf etwa 1.600.000 Mark eingeschränkt. Bei der Lotterie rechnet man mit einer Viertel Million weniger Ertrag, aus Gerichtsgebühren, Strafen und Untersuchungskosten weniger 1/4 Million Mark, bei der Technischen Hochschule fehlt jede einigermaßen zuverlässige Unterlage. Der Anteil an der Eisenbahngemeinschaft wurde ebenfalls mit etwa 1/4 Million Mark geringer angenommen.

Bei den Ausgaben kommt hauptsächlich in Betracht, daß die neuen Gehälter der Beamten, Lehrer usw. in den Voranschlag eingearbeitet sind. Durch das stetige Aufkriechen der Gehälter usw., wobei jetzt 2 Jahre vorzuleben sind, ist ebenfalls ein erheblicher Betrag mehr einzustellen.

Der nach unserer Ansicht außerordentlich vorsichtig aufgestellte Voranschlag zeigt jetzt schon, welcher Zukunft die hessischen Steuerzahler entgegenstehen. Trotz der großen Lasten, der Opfer an Gut und Blut, die die breiten Massen des Volkes während des Krieges zu tragen haben, denkt man nicht daran, die größeren Steuerlasten dem Vermögen und Besitz zuzuschreiben. Auch bei der Verteilung der Steuerlasten merkt man bis jetzt von der „Reuorientierung“ verflucht wenig. Warum wir also geduldig und brav — wie uns das jetzt so schön gelehrt wird — weiter ab.

Unterlieberbach, 21. Jan. (Lebensmittel-Verkauf.) Samstag den 22. Januar, morgens von 9 bis 1 und mittags von 3 bis 6 Uhr, Lebensmittel-Verkauf im Rathaus. Es kommt zur Ausgabe nur an Unterlieberbacher Einwohnern: Kartoffeln der Zentner zu 3,60 Mark; Butter das halbe Pfund zu 1,30 Mark; Wachsen das Pfund zu 50 Pfennig; Reis das Pfund zu 55 Pfennig; Eier das Stück zu 18 Pfennig; Petroleum das Liter zu 30 Pfennig. Der Reis darf bestimmungsgemäß in der Regel nur an Minderbemittelte abgegeben werden. Die Bezugsscheine sind in der oben genannten Zeit bei der Gemeindekasse einzulösen. Das Geld ist abgezählt mitzubringen. Die Ware kann sofort in Empfang genommen werden. Das Petroleum wird von jetzt ab im Rathaushofe ausgegeben.

Bad Nomburg u. d. G., 20. Jan. (Verbot.) Der Landrat des Oberaunseckkreises verbot das Verzehren des im Kreise vom Selbstvergifter gewonnenen Brotgetreides in Wäldern außerhalb des Kreises.

Braunheim, 21. Jan. (Achtung, Arbeiterjugend!) Am Samstag den 22. Januar, abends punkt 1/2 8 Uhr, findet im Lokal von Ed. Traudt eine Zusammenkunft der Anwonenten der „Arbeiterjugend“ statt. Herr Dr. Rotter (Frankfurt) wird einen hochinteressanten Vortrag halten über: „Die Entwicklung des Menschen und seiner Werkzeuge“. Kein Jugendlicher darf fehlen! Die Jugendfreunde von Sinnheim sind ebenfalls eingeladen.

Danau, 21. Jan. (Sturmshaden.) Der schwere orkanartige Sturm, der gestern abend die hiesige Gegend heimsuchte, hat erheblichen Schaden angerichtet. Insbesondere wurden die Neubauten des Verleihsamtes heimgesucht. Hier wurde am Mittelbau das nahezu fertiggestellte große Treppenturm vom Sturm zusammengepöckelt und stürzte unter donnerähnlichen Krachen gegen 1/2 9 Uhr abends zusammen. Ein wahres Glück, daß die Katastrophe nicht am Tage geschah, wo an diesen Bauten gearbeitet wurde. Durch die starken Regenniederschläge bringen Kinzig und Main vermehrtes Hochwasser. Diese Flüsse sind in einer Anzahl Uferüberflutungen aus ihren Ufern getreten und überschwemmen Wiesen und Land.

Darmstadt, 21. Jan. (Sturmshaden.) Das schwere Unwetter, das gestern abend Darmstadt und die Umgegend, insbesondere auch die Bergstraße, heimsuchte, hat

überall schweren Schaden angerichtet. Als der um 7.25 Uhr Frankfurt verlassende Personenzug die Station Wülfhausen verlassen hatte, stürzte plötzlich gegen 8 Uhr das ganze westliche Geleise befindliche große Telegraphengestänge mit wenigstens 50 Drähten auf eine Länge von wenigstens 100 Metern direkt auf den in langsamer Fahrt befindlichen Zug, der direkt anhielt, wodurch größerer Schaden verurteilt wurde. Immerhin sind eine Anzahl der Telegraphendrähte gesprungen, eine Reihe der schwer belasteten starken Doppelstrangen drachen über dem Erdboden ab, oder wurden aus der Erde gerissen. Der Zug mußte auf der Strecke liegen bleiben und erlitt ebenso, wie die anderen von und nach Frankfurt fahrenden Züge, da sie unbesetzt werden mußten, größere Verspätungen bis zu 50 Minuten. Noch in der Nacht wurde mit den Wiederherstellungen begonnen, die z. B. noch nicht ganz fertig gestellt sind. An der Bergstraße hat der Sturm an Häusern, Häusern, Fensterreihen usw. mächtigen Schaden verursacht.

Verdacht a. d. Sieg, 21. Jan. (Aurora.) Für die am Orte befindliche Eisenbahnhauptwerkstatt sind als letzte Rate im preußischen Etat 98 000 Mark bemittelt. — (Enteignung.) Der Landrat des Kreises Altenkirchen droht mit der Enteignung des Seues, da die Zufuhr für das Proviantamt Koblenz ganz ungenügend ist. — (Von der Kreisparlase.) Im Geschäftsbericht der Kreisparlase Altenkirchen für 1915 sind 11 700 707 Mark als Reueinlagen und an Rückzahlungen 12 880 251 Mark verzeichnet. Die Zinsüberschüsse betragen 217 144 Mark.

Aus Frankfurt a. M.

Von der Universität Frankfurt a. M. Man schreibt uns: Bei der Universität Frankfurt stellt sich der Progenz der im Felde stehenden Studierenden nach der veröffentlichten Statistik wesentlich niedriger, als an anderen deutschen Universitäten. In einem Teil der Presse ist diese Erscheinung unter abfälligen Bemerkungen mitgeteilt worden; sie erklärt sich aber sehr einfach daraus, daß die Universität Frankfurt erst im Laufe des dritten Kriegsjahres eröffnet worden ist. Da für Frauen die Bestimmung gilt, daß abmehrende Studierende nicht immatrikuliert werden dürfen, konnte die Universität Frankfurt nur solche Studierende aufnehmen, die vom Heeresdienst vorläufig noch befreit oder aus diesem bereits wieder entlassen waren. Sie war dagegen nicht wie andere Universitäten in der Lage, gleich bei Beginn der Modifizierung den größeren Teil ihrer Studentenschaft an das Heer abgeben zu können. Mit dieser Feststellung erledigen sich von selbst die unfreundlichen Urteile, die in einigen Blättern an die Tatsache der geringeren Beteiligung der Frankfurter Studentenschaft am Heeresdienst geknüpft worden sind.

Schulferien an höheren Lehranstalten. Das Provinzialschulkollegium hat für die höheren Lehranstalten Frankfurts für 1916 folgende Ferienordnung festgesetzt: Osterferien vom 14. bis 28. April, Pfingstferien vom 9. bis 16. Juni, Sommerferien vom 7. Juli bis 6. August, Herbstferien vom 8. bis 18. Oktober, Weihnachtsferien vom 23. Dezember 1915 bis 9. Januar 1916.

Ein Achtzigjähriger. Der durch seine reißenden Klänge und lyrischen Dichtungen in ganz Deutschland bekannte und verehrte Rektor a. D. Georg Lang feiert am 1. Februar seinen achtzigsten Geburtstag. Zu Ehren des greisen, jedoch noch ununterbrochen dichtend tätigen Geburtstagskindes veranstalten die hiesigen literarischen Vereine am Vorabend des Geburtstages eine schlichte Feier. Georg Lang wurde am 1. Februar 1836 in Friedberg geboren, seit 1878 wirkte er als Rektor an der Dreiflingsschule.

Wiedereröffnung der Liebesgaben-Donnerstage der Kriegsfürsorge. Die Kriegsfürsorge teilt mit: Zur Wiederherstellung der durch die Weihnachts-Liebesgaben-Spendung stark erschöpften Liebesgabenbestände nimmt die Kriegsfürsorge die von ihr getroffene Entscheidung der Liebesgaben-Donnerstage wieder auf. Der erste Liebesgaben-Donnerstag ist Donnerstag den 27. Januar. (Näheres siehe Infanterie.)

Ausgang für Volksvorstellungen. Sonntag abend 8 1/2 Uhr, spricht im Vorraum, Neue Räume 9, Dr. C. Walter unter Vorführung von Lichtbildern über: „Bulgarien, Land und Volk, Geschichte und Kultur“. Herr Wendt Feldkamp wird bulgarische Volkslieder vorlesen.

Zur Frage der Berufswahl. Die Zentrale für Berufsberatung und Lehrlingsstellenvermittlung des Vereins „Jugendwohl“ hat während des ersten Kriegsjahres 936 Lehrlinge vermittelt, und damit ein Mehr von 134 Stellen gegen das vorhergehende Friedensjahr erreicht. Um einen befriedigenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei der Stellenvermittlung zu ermöglichen, ist es wünschenswert, daß die Zentrale möglichst gleichzeitig Kenntnis von offenen Stellen, wie auch von den Wünschen der Stellensuchenden erhält. Dem besonderen Zweck, über die Lage der interessierten, sollen zwei Elternabende dienen, die demnächst gemeinsam vom Verein „Jugendwohl“, dem Städtischen Arbeitsamt und dem Jugendamt veranstaltet werden. Die erste Versammlung für mütterliche Berufswahl wird am Sonntag den 23. Januar im Festsaal der Kindertagesstätte, Borsenstraße 7/9, stattfinden. Am 30. Januar findet dann im gleichen Saal eine Veranstaltung für männliche Berufswahl statt. Eltern, deren Kinder zu Eltern die Schule verlassen, sind dazu eingeladen.

Fürsorge für Pflegekinder. Der Frankfurter Verband für Säuglingsfürsorge, C. V., macht darauf aufmerksam, daß Mütter ehelicher und unehelicher Kinder sich in bühligem Vertrauen, unter Aufsicherung strengster Diskretion an ihn wenden können, um sichere Pflegestellen für ihre Kinder nachzuweisen zu bekommen. In dieser Zeit wirtschaftlicher Not ist es dringend zu empfehlen, daß Frauen, die Kinder bei sich aufnehmen in der Lage sind, sich den Nebenberuf nicht entgehen lassen, der ihnen durch die Aufnahme eines Pflegekindes erwächst. Der gewöhnliche Pflegeplatz für Säuglinge ist zurzeit 25 Mark monatlich. Die Pflegestellenvermittlung ist unentgeltlich und befindet sich Neue Räume 9, II. (Alte Wärfel). Sprechstunden: 1/2 bis 1 Uhr, 1/4 bis 1 1/2 Uhr, Samstags 9 bis 1 Uhr.

Ueberrückiger Gewinn. Wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 über den Verkehr mit Artikeln des täglichen Bedarfs hatte sich der Kolonialwarenhändler Hermann Zumloch vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er hat in den Monaten August, September und Oktober Mehl, das er zum Preise von 22 Mark den Zentner bezog, zu 30 Pfennig das Pfund verkauft, also das Pfund mit einem Gewinn von 8 Pfennig. „Sie hätten es alle so verkauft“, brachte Herr Zumloch zu seiner Entschuldigung vor. Das Gericht hielt diesen Gewinn für „übermäßig“ im Sinne der Verordnung, zumal der Angeklagte selbst angab, daß sich in Friedenszeiten die Händler mit einem Profit von 4 Pfennig am Pfund Mehl begnügten hätten, und erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark. Das Urteil soll auf Kosten des Verurteilten in drei Zeitungen veröffentlicht werden.

Anfall. Im Hauptbahnhof wurden gestern vormittag der Wagenreimigerin Barbara Reinberger aus Bodenheim durch einen Personenzug der Linke Zug und die Reue des rechten Fußes nahezu abgerutscht. Die Verunglückte fand im Städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Silberge Hochzeit. Im 25jährigen Ehejubiläum begingen dieser Tage die Eheleute Georg Wolf, Mainzer Landstraße 242. Das Ehepaar zählt mit zu den ältesten Abonnenten der „Volksstimme“ und eifrigsten Mitgliedern der Partei. Unseren besten Glückwunsch!

Aus den Kinos. „Der schwimmende Vulkan“, ein verfilmt aufregender Roman, ist mit Waldeemar Wilsander in der Hauptrolle, ab heute als dreitägiges Drama im „L.T.“ auf der Zeit zu sehen. Wilsanders darstellerische Leistung ist von eindringlicher Kraft,

die Szene der Schiffsexplosion von fabelhafter Wirkung. Neben wirksamen Natur- und den neuesten Kriegsbildern enthält der neue Spielplan das beliebte Lustspiel „Selbstmord in Strahlsfeld“, sowie das einaktige Drama „Das verkaufte Gold“.

Vom Frankfurter Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf kamen am Donnerstag 168 Ochsen, 7 Kühe, 1732 Rinder, 784 Kälber, 116 Schafe und 331 Schweine. Für Rinder wurden keine Preise notiert, die für Kälber gingen wieder erheblich in die Höhe; je nach Qualität liegen sie um 2 bis 8 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Bezahlt wurden für mittlere Rost- und beste Saugkälber 150 bis 180 Mark der Zentner. Hammel, die am Montag das Pfund Schlachtgewicht mit 2 Mark bezahlt wurden, gingen im Preis wesentlich herunter; der Zentner kostete 170 bis 180 Mark. Auf dem Rindermarkt verblieb Überstand.

Kleine Mitteilungen. Im Verband zur Förderung der Armen- und Waisenpflege hält Montag abend 8 1/2 Uhr im Saale der Frankfurter-Lage, Ebersheimer Landstraße 27, Herr Direktor V. Kemppis von Wabern einen Vortrag über: „Aus der Praxis der Fürsorge-Erziehungsarbeit“. — Der 8. Vortragabend für soziale Kriegsarbeit findet Samstag den 22. Januar im großen Saal des Hochschen Konseratoriums, Ebersheimer Landstraße 4, abends 8 1/2 Uhr, statt. Es sprechen: Frau Apollant über: „Die Mitarbeit der Frau in der kommunalen Wohlfahrtspflege und Kriegsarbeit“, und Herr Stadtverordneter Graf über: „Die Gewerkschaften der Arbeiter“. — Jugendgruppe der proletarischen Freidenker. Samstag abend 8 1/2 Uhr Vortrag des Gen. Rothund über „Die Arbeiter“, sowie Abholen der Theaterkarten. Sonntag nachmittags Spaziergang nach Endheim („Zum Schwan“), Treffpunkt 3 1/2 Uhr am Aussichtsturm am Röderbergweg.

Sportliche Veranstaltungen.

Tour-Ver. „Die Naturfreunde“, G. Gr., Frankfurt a. M. Sonntag: Taunuswanderung. Abf. 7.13 Uhr nach Oberursel.

Briefkasten der Redaktion.

H. Str., Frankfurt. Sie irren. Es liegt lediglich eine Vergeßlichkeit vor.

J. St. 41, Ref.-Armeekorps im Osten. Sie müssen sich mit Ihrer Bitte an Ihren Feldwebel und durch diesen an den Bataillonskommandeur wenden, oder Ihre Frau muß eine entsprechende Eingabe dahin machen.

Feldpost.

Nach Kaspach. Wir schicken an Reichardt keine Zeitung. Bedmann. Wir werden unsere Expedition anweisen, Ihnen die Frankfurter Ausgabe zu schicken.

Schulze 86. Monatlich kostet es 70 Pfg.; Sie können sich also leicht ausrechnen, daß November-Dezember und Januar 210 Mark kosten.

Reichardt, Dragoner. Warum denn eine Rechnung? Monatlich 70 Pfg., das ist doch sehr einfach.

Neues aus aller Welt.

Die Ehrenrettung des Hosenrods.

Vor einigen Jahren hatte ein Entrüstungsturm durch Deutschlands Gauen. Die französische Mode hatte den Hosenrod erfunden und drohte damit der deutschen Moralität gefährlich zu werden. In allen Jungfrauen- und Frauenvereinen wurden Protestresolutionen gefaßt und alle Oberstufungskommissionen schürten das heilige Feuer, bis schließlich auch die Polizeibehörden sich zum Schutze der Sittlichkeit auftraffen und den Hosenrod verboten. Da kam der Krieg und bewog die Schürer und Führer der öffentlichen Moral und Sitte zum „Umlernen“. Aus Berlin wird nämlich gemeldet: „Der geteilte Rod ist jetzt plötzlich wieder in Berlin in die Erscheinung getreten. Er ist aber nicht eine Variante der Mode, die ihre Herrschaft auch im Kriege nicht abgegeben hat. Die wiedererstandene Tracht ist vielmehr eine Kriegsnottwendigkeit. Sie ist bei den Schaffnerinnen auf den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn eingeführt. Der Grund dafür ist einleuchtend. Diese Schaffnerinnen haben hauptsächlich die Türen der abfahrenden Züge zu schließen, die von den Fahrgästen noch nicht geschlossen sind. Dabei ließen sie die Gefahr, ihre Kleidung mit den Türen einzuklemmen. Ehe sie sich befreien könnten, würden sie von dem mit großer Beschleunigung anfahrenden Zuge zu Fall gebracht werden, wenn nicht gar am Ende der Bahnhöfe gegen die beginnende Tunnelwand geschleudert. Die gewählte Tracht ist recht kleidsam. Wenn die Schaffnerinnen ruhig stehen, fällt sie kaum ins Auge. Die Hosen sind sehr weit gehalten und das ganze Kleidungsstück entspricht etwa dem der Frauen unserer Verbündeten, der Türken.“ Wie schamhaft ist der Hosenrod vor Jahren verkannt worden. Jetzt wird uns erklärt, daß er nicht nur praktisch, sondern auch recht kleidsam ist und „kaum ins Auge fällt“. Und da das einst so verpönte Kleidungsstück noch dazu dem der Frauen unserer Verbündeten entspricht, wird es sicherlich die deutsche Sittlichkeit nicht mehr gefährden.

Telegramme.

Verlängerung der Dienstpflcht in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Jan. (B. B. Nichtamtlich.) Morgen gelangt in beiden Staaten der Monarchie eine gesetzliche Bestimmung zur Verlautbarung, durch welche die bisher mit dem 50. Lebensjahr begrenzte persönliche Kriegsdienstpflicht bis zum 55. Lebensjahr erstreckt wird. Diese Erweiterung ist dadurch notwendig geworden, daß infolge der fortwährenden Einberufungen der neugeschaffenen Landsturmkompanien immer zahlreichere zur persönlichen Dienstleistung für Kriegszwecke verpflichtete Personen zum Waffendienst herangezogen werden muß. Es ist vorgesehen, daß den Interessen der Herangezogenen möglichst weitgehend Rechnung getragen werde. Die im Alter von über 50 Jahren Herangezogenen dürfen nur in außerhalb der engeren oder weiteren Kriegsgebiete befindlichen Gebieten und ununterbrochen nur höchstens sechs Wochen in Anspruch genommen werden. Eine neuerliche Heranziehung derselben Person kann erst nach ein- bis zweimonatiger Unterbrechung ihrer Dienstleistung erfolgen. Die für Oesterreich erlassene kaiserliche Verordnung, ebenso wie das die gleiche Bestimmung enthaltende ungarische Gesetz haben nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges Wirksamkeit.

Gewitter in der Pfalz.

Ludwigshafen, 21. Jan. (Priv.-Telegr.) Gestern abend gegen 8 1/2 Uhr entlud sich über der hiesigen Gegend ein heftiges Gewitter.

Wiesbadener Theater.

Kellerei-Theater.

Freitag, 21. Jan., 8 Uhr (Volksvorstellung): „Ein toller Einfall“. Samstag, 22. Jan., 7 Uhr (Reueit): „Tante Täschen“. Sonntag, 23. Jan., 1/4 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“ Solche Preise. — 7 Uhr: „Tante Täschen“.

Königliches Theater.

Freitag, 21. Jan., 7 Uhr: „Die Habsburgerin“. Samstag, 22. Jan., 7 Uhr: „Carmen“. Sonntag, 23. Jan., 6 Uhr: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Montag, 24. Jan., 7 Uhr: IV. Symphoniekonzert. Dienstag, 1. Febr., 8 Uhr: Guckspiel Rabenwälder: „Lobengrin“.

Kaufhaus Otto Nietschmann N.

Wiesbaden, Ecke Kirchgasse u. Friedrichstrasse, Darmstadt, Ludwigstrasse 10.



Glas-, Porzellan-, Emaille-, Luxuswaren.

Enorm billig!

Enorm billig!

Spezialgeschäft für vollständige Küchen-Einrichtungen.

W 1006

Städtisches Brotverteilungsamt.

Militärpersonen, die für Sonntag nach Wiesbaden beurlaubt sind, können im Bedarfsfalle Brotmarken gegen Vorzeigung ihres Urlaubsscheines zwischen 10 bis 1 Uhr vormittags in der Geschäftsstelle, Friedrichstr. 35, erhalten.

Wiesbaden, den 20. Januar 1916.

W 1070

Der Magistrat.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umg.

Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftung.

Bureau u. Zentrallager: Göbenstr. 17. Tel. 490 u. 6140.

Unseren Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, dass die

W 1078

20 Pfg.-Sparmarken

wieder in unseren Läden zu haben sind.

Der Vorstand.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein.

0806

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Miehelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alle Bezugsquellen, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Schuhwarenhaus.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen.

Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Bestellungen auf Literatur aller Art

werden angenommen

Expedition Wiesbaden, Bleichstr. 9.

Januar 1916

... sie von dem ... zu Fall ge ... hnhöfe gegen ... Die gewählte ... rinnen ruhig ... ind sehr weit ... ht etwa dem

... ren verkannt ... nur präkisch ... Auge fällt ... och dazu dem ... es es sicherlich

... wurde von ... andlung das ... des Forz ... richard Ser ... und Fällung ... Gefängnis ... e, Friedrich ... und zur Un ... wegen Bei ... Forzheimer ... Rat! ge

ich-Ungarn.

... orgen gelangt ... er mit dem ... ngsplacht bis ... erung ist do ... rtschreitenden ... umfompagnien ... für Kriegs ... herangezogen ... meren der Ge ... ragen werde ... genen dürfen ... Kriessgebiete ... höchstens sechs ... ne neuerliche ... in bis zwei ... rfolgen. Die ... e, ebenso wie ... arische Gese ... rrieges Wief

Bestern abend ... end ein bef

oller Einfall ... chen ...

en ... Solbe

on Nürnberg.

obengrin.

10.

W 1066

den

nicht die

aufen.

SER

5

09000

brauchen!

en,

asse,

zu kaufen.

Umgegend.

S.

ter Qualität

hling.

ritzstr. 23.

nggend.

P Apt

ichstr. 9.

Stadtträte. Der „Manchester Guardian“, ein angesehenes liberales Blatt, bemerkt, daß der Ausschluß Rik Ashton weniger trifft als die Stadt, und daß die patriotischen Bürger von Manchester es ablehnten, daß ihre Stadt sich durch solche Verfügungen lächerlich mache.

Die „Humanität“ gegen den „Vorwärts“.

Die „Humanität“ ist mit der Kritik, die der „Vorwärts“ am Manifest des französischen Parteikongresses (20. bis 29. Dezember 1915) geübt hat, höchst unzufrieden. Sie schreibt am 14. Januar: „Unser Korrespondent Homo schilt uns die Uebersetzung des Artikels, den der „Vorwärts“ vom 9. Januar über das vom französischen sozialistischen Kongress angenommene Manifest veröffentlicht hat. Durch seine Tendenzen gehört der „Vorwärts“ zur deutschen sozialistischen Opposition. Die „Humanität“ hat in dieser Beziehung oft darauf hingewiesen, daß innerhalb der deutschen Opposition keine vollständige Uebereinstimmung über die allgemeinen Formeln herrscht; und es ist gar nicht sehr lange her, daß wir den „Vorwärts“ fragten, in wessen Namen er spreche, als er die französischen Sozialisten schulmeisterte. Die Ansichten, die der „Vorwärts“ jetzt äußert, scheinen uns ziemlich verschieden zu sein von gewissen Erklärungen, die wir zu verschiedenen Malen in seinen Spalten gelesen und die aus der Feder solcher Männer, wie Bernstein, Haase oder Kautsky und sogar Karl Liebknecht stammen und deren Unterschieden trugen. Wir behalten uns natürlich vor, den Artikel des „Vorwärts“ ausführlicher zu besprechen; für heute beschränken wir uns darauf, nur einige Stellen aus ihm hervorgehoben und einige notwendigen Feststellungen zu machen.

Vor allem ist zu bemerken, daß der „Vorwärts“ bislang die Ansicht von Vätern, wie der „Berliner Tagwacht“, nicht zu teilen schien, die von den französischen Sozialisten verlangen, gegen die Verteidigung ihres von deutschen Truppen überfallenen und teilweise besetzten Landes zu opponieren. Es scheint, daß es die Zimmerwälder Konferenz war, die ihn dafür entschied, sich ungewissenhaft auf den Weg zu begeben, den er jetzt verfolgt und eine These anzunehmen, die für ihn nicht ohne Vorteil ist und die darin besteht, die deutschen Sozialisten und die französischen Sozialisten, die Regierung des Reiches und die der französischen Republik nach ein und demselben Maßstab zu beurteilen. Oben wir das Verfahren hervor, durch welches der „Vorwärts“ versucht, den sozialistischen Kongress zu unterbilden (disqualifizieren), indem er vorgibt, daß es sich nur um eine einfache Konferenz handelte, der keine wirkliche Autorität zukäme, haben wir den Angriff hervor, der ihm gestattet, von der Resolution der Konferenz und dem Manifest der Bourgeois-Revolution zu sprechen. Stellen wir auch fest, daß der „Vorwärts“ kein Wort sagt über die Stellen des Manifests, die die so wichtige Frage der künftigen Friedensorganisation behandeln; und stellen wir fest, daß trotzdem der „Vorwärts“ dem französischen Manifest „zweideutige Formeln“ vorwirft, er sich im großen ganzen darauf beschränkt, allgemeine Gedanken auszusprechen; er hütet sich wohl, zum Beispiel zu sagen, ja oder nein; ob er — im Falle eines Angriffs — für oder gegen den Grundged der nationalen Verteidigung ist und für dessen Anwendung durch die Sozialisten im gegenwärtigen Konflikt. Wir können schließlich nicht umhin, zu bemerken, daß in Bezug auf die so ernste elah-lotringische Frage der „Vorwärts“ keine andere Sprache zu führen scheint, als die imperialistische sozialdemokratische Redeweise.

Das Unvermögen der französischen Genossen, sich über die tiefsten Gründe und Triebkräfte der Weltkatschrophe klarer als bisher zu werden, kann nicht besser bewiesen werden, als daß sie selbst mit dem „Vorwärts“ in Streit geraten, der sie so lange und so liebevoll zu entschuldigen versucht hat.

Zur Reform des Vereinsgesetzes.

Die „Berliner Volks. Nachr.“ teilen über die angekündigte Wenderung des Vereinsgesetzes mit, „daß die Absicht der Reichsregierung nicht dahin gehe, allein die Gewerkschaften, soweit ihre wirtschaftliche Betätigung und ihr Wirken auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege in Betracht kommt, von der Unterstellung unter die politischen Vereine zu befreien; vielmehr soll daselbe auch bezüglich der entsprechenden Vereinigungen der Arbeitgeber der Fall sein. Die Vereinigungen der Arbeiter und der Arbeitgeber sollen völlig paritätisch in der bevorstehenden Vorlage an den Reichstag behandelt werden. Weiter handle es sich bei diesem gesetzgeberischen Plane keineswegs um einen Bruch mit dem Grundsatze, daß während des Krieges die Friedensgesetzgebung ruhen soll, denn die Befreiung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände von den besonderen Bestimmungen des Vereinsgesetzes über politische Vereine begreift, diesen Vereinen die Kriegsfürsorgengeltigkeit zu erleichtern und die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche ihnen bei der Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsab-

wohner des heißesten Afrika“. Das Leopardenfell, das er auf den Schultern trug und das zu seinem kriegerischen Schmuck gehörte wie die Kette von Zähnen erbeuteter Tiere, die er mit seinem vergifteten Speer selbst erlegt“, wurde von dem Ausrufer herangezogen, ein obenstehender Värm auf einer Aeselschale verläßt und durch ein Sprachrohr in das dichtgedrängte Publikum hineingelassen, daß Bombo Jambrillo soeben durch keinen „Wändiger“ vorgeführt werde. Stand dann der Anfang der Vorstellung umderrücklich bevor, so verfiel Jambrillo nicht, in seinem Käfig im Innern der Wude einen wahrhaften Gellenlärm aufzuführen, mit seinen Reiten zu rasseln und ein heiseres, dumpfes Gehrüll auszulassen, das ohne Frage eine würdige Einleitung zu seiner Vorführung bildete und die letzten Zuschauer in die Wude lockte.

Erst am letzten Markttag setzte ich es durch, daß ich die nie wiederkehrende Gelegenheit“ benutzte und bei halben Eintrittspreisen den Anblick Jambrillos genießen durfte.

Es war großartig.

Jambrillo benahm sich so, wie ich es erwartet hatte. Er war ein muskulöser Rigger, phantastisch ausgeputzt und von einer Wildheit, die wirklich lebendiger war. Er führte unter dem Kommando seines Wändigers einen Kriegstanz auf der in einem wahnwitzigen Gerummel aus der kleinen Bretterbühne bestand, deren schaukelnde Dielen sich unter seinenritten bogen, schaukelten sein Leopardenfell und seinen Barfußboer, verließ ihn ein paar Stiche rohes Fleisch wie ein wildes Tier und fleuchte seine Zähne, als sei es eine alte Gewohnheit von ihm, Menschen damit zu zerreißen.

Schließlich ließ er sich nur durch die vorgehaltene Pistole seines Wändigers dazu bewegen, die Vorstellung abzubrechen und sich in seinen Winkel hinter den schamigen Seitenvorhängen der Bühne zurückzuziehen, um dort von neuem mit den Ketten zu rasseln und sein Gehrüll auszulassen, wenn es Zeit war, neue Zuschauer auf sein Auftreten vorzubereiten.

strebungen die erwähnten gesetzlichen Bestimmungen bisher bereiteten.

Wie streng gerade auch in dem vorliegenden Falle an dem Grundsatze festgehalten wird, daß die Gesetzgebung sich nur auf Maßnahmen für die Kriegszeit beschränken soll, erbellt aus der weiteren Tatsache, daß die Einbringung der Vereinsgesetznovelle an die Voraustragung geknüpft ist, daß der Reichstag die weitergehenden Wünsche auf Aenderung des Vereinsgesetzes, insbesondere also auf die Beseitigung der Altersgrenze für die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen (§ 17, § 18 Ziffer 5 und 6 des Vereinsgesetzes) verzichtet. Diese weiteren Wünsche bezogen sich auf Aenderungen des Vereinsgesetzes, deren Wirkung dauernder Natur wäre und mit dem Kriege selbst nichts zu tun hätte. Wenn hiernach kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß die Reichsregierung an dem Grundsatze unerschütterlich festhält, daß für Friedensgesetzgebungen in der Kriegszeit kein Raum ist, so wird man gut tun, daraus die praktische Folgerung zu ziehen, daß Anregungen in den parlamentarischen Körperschaften auf Inangriffnahme gesetzgeberischer Aufgaben der Friedenszeit zurzeit auf ein positives Ergebnis nicht rechnen dürfen.

Es scheint, daß die Konservativen der Regierung wegen der kleinen Reform schon wieder an die Waden gefahren sind.

Zur Organisation der Lebensmittelversorgung.

Das bayerische Staatsministerium des Innern beabsichtigt die Gründung einer Lebensmittelversorgungsgesellschaft für das ganze Land, wie eine solche bereits für München besteht.

Die „Nieuws van den Dag“ berichtet, daß der holländische Ackerbauminister gestattete, daß alle Rasse aus dem Ueberflutungsgebiet Nordhollands so schnell wie möglich lebend oder geschlachtet nach Deutschland ausgeführt werden dürfen. Der Ertrag daraus soll den Viehhütern zugute kommen. Zwei bekannte Firmen werden mit der Ausfuhr betraut. Mit der Untersuchung der Rasse wurde bereits begonnen.

Während England im vorigen Winter enorme Mengen Schweine- und Hammelfleisch aus Holland bezog, liegt dieses Geschäft in der Folgezeit fast noch. Der Hauptgrund dafür scheint gewesen zu sein, daß den holländischen Exporteuren das Geschäft mit den deutschen Abnehmern angenehmer war. Wie nämlich der „Telegraaf“ zu berichten weiß, ist den Exporteuren jetzt von englischer Seite zu Gemüte geführt worden, künftig mindestens die Hälfte des Exports nach England zu dirigieren, andernfalls sie nach dem Kriege nicht mehr berücksichtigt werden würden. Wie das genannte Blatt wissen will, hat sich sogar die holländische Regierung um eine gütliche Regelung dieser Angelegenheit bemüht. Die Schwierigkeit liegt angeblich darin, daß die Engländer die Ware wie früher auf den Londoner Markt geliefert haben möchten, während die holländischen Exporteure nur zu gleichen Bedingungen als gegenüber den deutschen Abnehmern abschließen wollen. Diese laufen nämlich in Holland, so daß die Exporteure weiter kein Risiko haben. Wenn es, wie man glaubt, zu einer Verständigung kommt, so wird für Deutschland der Effekt ein veringerte Zufuhr und weitere Verteuerung des Fleisches sein.

Die dänischen Blätter besprechen die Meldung, daß der mit Lebensmitteln beladene dänische Dampfer „Kiew“ auf der Fahrt von Kopenhagen nach Liverpool von einem deutschen Torpedoboot aufgebracht und nach Swinemünde geführt wurde. Sie knäpfen daran die besorgte Frage, ob dies bedeuten solle, daß die bisherige, hauptsächlich geübte deutsche Praxis, keine dänischen Schiffe aufzubringen, selbst wenn sie Lebensmittel nach England bringen, damit eine Wenderung eintreten solle.

Der dänische „Næstveder“ meldet aus London, daß England, Frankreich und Italien ein Konsortium für den Ankauf, Verfrachtung und Verbrauch des für die Verbündeten nötigen Getreides gegründet haben. Dadurch soll die unfreiwillige Konkurrenz der verschiedenen Völker beseitigt werden, die die Preise hinaufreibt; außerdem soll der Handel mit den Neutralen möglichst eingeschränkt werden, um die Zahl der verfügbaren Schiffe zu vergrößern und damit die Frachtpreise zu verringern. Zum gleichen Zweck habe die englische Admiralität versprochen, eine Anzahl von Hilfskriegsschiffen zur Verfügung zu stellen.

Einschränkung der Konfektionsarbeit.

Das Oberkommando in den Marken erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt:

1. Das Zuschneiden von Web- und Wirkwaren mittels mechanisch angetriebener Zuschneidemaschinen wird hiermit verboten. 2. In allen Betrieben, in denen mit Kraft angetriebene Näh-, Anapf- und andere dergleichen Maschinen für die Konfektionierung von Web- und Wirkwaren verwendet werden, darf mit diesen Maschinen nur noch während 90 Stunden in jeder Woche gearbeitet werden. 3. Das Vergehen von Konfektionsarbeit zum Zweck der Herstellung von

Sein Bild verfolgte mich bis in den Traum. Am andern Tage war die Herrlichkeit des Marktes zu Ende. Allenfalls war man beschäftigt, die Wuden, die abends vorher noch im Glanz und Flitter erstrahnten, abzubauen. Langsam schritt ich durch die Wudenreihen, um noch einen letzten Blick auf die schwindenden Herrlichkeiten zu werfen. Die Wankelgänger waren schon fort. Die Karussellpferde lagen übereinandergeschichtet wie eingepackte Seringe auf den Wagen, die zum Abfahren bereit standen. Die Wuden der schönen Lida, der Wundertänzerin, stand nur noch im Gerippe da. Mitleidlich fiel mein Blick auf die Wude Bombo. „Wo mögen sie mit ihm geblieben sein?“ fragte ich mich. „Ob man ihn schon in seinem eiserne Käfig davongefahren hat?“

Wer erinnert mein Erstaunen, als ich ihn plötzlich selbst sah — ihn, Bombo Jambrillo, eine Schopfleise im Mundwinkel, in einem schädigen, blauen Leinwandanzug gekleidet, friedlich und gemütsch, dabei beiläufig, seine Wude abzubauen, im gemächlichen Gespräch mit seinem „Wändiger“, der ihm gestern noch nur mit der Pistole in der Faust entgegengetreten genagt hatte.

In meinem Leben habe ich keine niederschmetternde Enttäuschung erlebt als in diesem Augenblick. Das einzige, was ich tun konnte, war, Bombo mit Verachtung zu strafen, ihn auszutreiben aus meinem Gedächtnis.

Und nun tauchte noch mehr als dreißig Jahren sein Bild wieder mit zwingender Gewalt vor mir auf, hervorgeholt durch eine zufällige Ähnlichkeit zwischen dem Bombo Jambrillo von damals und dem kriegsgefangenen Schwarzgen von heute.

Ich konnte mich eines Rächels nicht erwehren. Der Bombo von damals enttäuschte ein illusionstheatralisches Kind ... aber die Jambrillos von heute haben den großen Kindern jenseits der Vogeln eine Enttäuschung bereitet, an die sie länger denken werden als ich an Bombo Jambrillo!

Erzeugnissen aus Web- und Wirkwaren zu niedrigeren Löhnen, als den im Monat Dezember 1915 ortsüblichen, ist verboten. Wenn die an Maschinen, wie unter Ziffer 2 beschriebenen, beschäftigten Arbeiter bisher im Tage, oder Wochenlohn bezahlt wurden, so darf nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung der zu zahlende Lohn für eine Woche für jeden Arbeiter nicht niedriger sein, als der bisher ortsübliche. Soweit in Stücklohn hergestellte Gegenstände infolge der Verbote 1 und 2 auf andere Weise konfektioniert werden müssen, als bisher, ist der Arbeitnehmer für den entstandenen Mehraufwand von Zeit von dem Arbeitgeber am Lohn zu entschädigen. In Streitfällen soll ein Gutachten von der örtlich zuständigen Handwerkskammer eingeholt werden. Ein besonderer Unternehmergewinn darf aus einer vorzeitigen Rohherstellung beim Verkauf der hergestellten Waren nicht hergeleitet werden, d. h. der Verkaufspreis darf höchstens um den wirklichen Betrag des Mehrbetrags erhöht werden. 4. Werkstätten im eigenen Betriebe der Militär- und Marineverwaltung sind von diesen Maßnahmen nicht betroffen.

Der Zweck dieser Bekanntmachung ist, die Verarbeitung von Stoffen in der Konfektion auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Man darf damit rechnen, daß die Konfektion unter diesen Umständen ihre Betriebe zum größten Teil schließen wird; damit werden viele Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos.

Polnische Sozialdemokratie und Polenklub.

Der IK. wird geschrieben: Der Ausbruch des europäischen Krieges im August 1914 hat fast überall zu überraschend fräftigen Aenderungen des nationalen Empfindens geführt. Auch dort, wo es vor dem Kriege scheinbar kaum bemerkbar gewesen war, brach es mit elementarer Gewalt durch und stellte die nationale Einheit her. Das nationale Empfinden schweißte die Klassen zusammen — wenigstens für eine gewisse Zeit.

Wenn dies schon in Ländern geschah, die von geeinigten und unabhängigen Nationen bevölkert sind, wie auswärtig mußte der Krieg erst bei einem Volke wirken, das seine nationale Einigung von diesem unvergleichlichen Völkerringen erhoffte — von diesem Völkerringen, das sich zum großen Teile auf polnischen Boden abspielte, das das polnische Land verheerte, und das unter fremden Kommandos die waffenfähigen polnischen Männer im blutigen Zusammenstoß wie Feinde gegeneinander kämpfen ließ!

Netzt ist Polen vom russischen Joch befreit, und das polnische Volk hofft auf eine baldige Verwirklichung seiner Träume. Am lebhaftesten sind die Hoffnungen in Galizien, dem Herde des polnischen Patriotismus und dem einzigen polnischen Landesteile, wo eine verhältnismäßig starke polnische sozialistische Bewegung vorhanden ist.

Die polnischen Regionen, die auf Seite Oesterreichs und Deutschlands und gegen Rußland zu den Waffen griffen, sind eine Schöpfung der galizischen Sozialisten. Im obersten Nationalkomitee Polens, das die Gesamtinteressen der polnischen Nation wahrnehmen will, ist der sozialistische Einfluß stark. Sogar in den galizischen Sozialisten steht die Gegner des Polenklubs (der polnischen Fraktion im österreichischen Reichstag). Der Polenklub ist die agrarisch-kapitalistische Vertretung Galiziens. Deshalb hielten die galizischen Sozialisten sich ihm fern.

Der Krieg hat jedoch auch zur Wirkung gehabt, daß die eigentlichen Funktionen des Polenklubs vorläufig gegenstandslos geworden sind: Galizien ist wirtschaftlich ruiniert; es ist weder agrarisch noch kapitalistisch; es hat weder Korn noch Geld. Der Polenklub ist jetzt nur eine Vereinigung der armen Mehrheit der Vertreter der nationalen Gedanken und Empfindungen Galiziens, des Mittelpunkts des polnischen Geisteslebens. Von seiner früheren Rolle blieb ihm nur der Einfluß auf die Politik der Donaumonarchie, deren leitende Männer bei der Gestaltung des kommenden Friedens ein gewichtiges Wort werden mitzureden haben. Der Einfluß des Polenklubs auf diese Kreise kann nämlich nicht ohne Bedeutung für die Zukunft Polens sein.

Das zeitweilige Zurücktreten des Massencharakters des Polenklubs sowie die Ueberhandnahme allgemein nationaler Erwägungen legen weiten Kreisen des polnischen Volkes den Gedanken nahe, die sozialistischen Vertreter Galiziens aufzufordern, in den Polenklub einzutreten und mit vereinten Kräften für die nationale Einigung und Aufrichtung Polens zu wirken.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Folgende als Geiseln nach Frankreich verschleppte Eljah-Bohringer sind am 18. Januar in Genf ausgeliefert worden: Rentmeister Enles (Vic), Bürgermeister Goetel (Maritz), Landgerichtsrat Weller (Stroßburg), Notar Weller (Maritz), Postmeister Kautz (Wülhausen), Professor Kaufmann (Maritz), Schulinspektor Marbach (Maritz), Bürgermeister Spindler (Maritz) und Bürgermeister Vogt (Schwelm). In Offenbach wurde ein Teil der Herren im Auftrag des Stoffhändlers durch den Ministerialdirektor Cronau befreit.

Frankische Blätter hatten kürzlich gemeldet, 20 000 deutsche Soldaten seien nach der Schweiz desertiert, so daß ein Genfer Abgeordneter den Bundesrat um ihre Internierung zur Sicherheit des Landes ersucht habe. Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“: Natürlich wird dieser Mann nur in Frankreich verbreitet und geglaubt. Die Nachricht ist dazu erfunden, um den Mut der französischen Bundeswehr zu heben.

In der Schweiz herrscht seit einigen Tagen tiefgehende Aufregung, weil festgestellt sei, daß zwei Schweizer Obersten zu einer kriegführenden Macht ein Verhältnis unterhalten hätten, das mit der schweizerischen Neutralität nicht zu vereinbaren sei. Aus den alten vorliegenden Zeitungen ist nicht klar erkennbar, um was es sich handelt. Eine in Lausanne abgehaltene antimilitaristische Versammlung fordert die sofortige Einberufung der eidgenössischen Räte.

Die „Aöln. Volksztg.“ meldet aus Rom unter dem 17. Januar: Die englische Regierung hat dem Vatikan mitteilen lassen, daß sie für alle englischen Beziehungen nur noch die Ernennung von Bischöfen englischer Nationalität gestatte.

Ein amtlicher Erlass ordnet in Italien eine erneute Untersuchung der bei früheren Auswertungen für unausreichend befundenen Angehörigen der Jahrgänge 1886 bis 1891 an. Diejenigen, die jetzt für tauglich befunden werden, werden eingezogen und wie die übrigen Angehörigen ihrer Jahrgänge behandelt werden.

Das an der holländischen Küste gestrandete englische Unterseeboot „H. 6“. Zu den bereits an jener Stelle liegenden holländischen Kriegsschiffen kam heute noch das Flagggeschiff „Derzog Heinrich“ hinzu.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!
Von heute ab bis zum Monatschluß erhalten neugewonnene Abonnenten die „Volksstimme“ gratis zugestellt.

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher KONZERT. Einlass 7 Uhr.

Gratiella's trop. Prachtvögel	Thaly von Lutzel Schulreiterin 3 Pferde, 20 Hunde	Logenplatz 1.75 Res. Platz 1.20 Saal 0.60
Hilda und Jos. Biller moderne Tänze	Steiner's Liliputaner a. Schleuderbrett	3 Vondora 3 Turn-Neuheiten
Max Marzelli der Urkomische	Backes heas. Bauernpaar	Anton Sattler Astral-Sänger
		Mimi Hermann Vortr.-Künstlerin

Vorverkauf 11—1 Uhr an der Theaterkasse. Militär wochentags halbe Eintrittspreise.

Leitung **Künstler-Brettel** Am Flügel. Jos. Vellö. Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pf. 3174

Wein — Bier — Kaffee — Kalte und warme Speisen.

Eintritt frei! **Kaffee-Haus.** Eintritt frei!

Ab 4 Uhr **Künstler-Konzert** Ab 4 Uhr unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Wolff van Vries.

Große Ersparnis!

Die Bestände in

Konfirmanden- und Vorstellungs-Anzügen

aus letzter Saison verkaufen wir jetzt noch
zu alten Preisen.

Nobel & Grünzfelder

An der Konstabler Wache, Fahrgasse 115-117.



Frisch eingetroffen:

la Sardinien

(sehr pikant) 75 Pfund

Sardellen	Pfund 160
Norweg. Vollheringe	Stück 15
Bismarckheringe	Stück 18
Bratheringe	vorzüglich in Ge- 3 Stück 40
Rollmops	Stück 16
Schellfische in Gelee	Pfund 72
Delikatess-Heringe	95
in Tomaten-Sosse . extra grosse Dose	

Von der Stadtverwaltung bezogen:

Gulasch

aus feinstem Schweinefleisch
vorzüglich in Geschmack und Qualität

Dose ca. 1 Pfund 140

Feinste Cervelatwurst	Pfund 280
Harte Mettwurst	Pfund 260
Leberwurst	Pfund 125
la Leberwurst in Dosen	
ca. 1/2 Pfd. 90	ca. 1/2 Pfd. 170

Halberstädt. Würstchen

Inhalt: 2 Paar Würstchen und entsprechende Menge Sauerkraut 125

oder: 4 Stück extra grosse Würstchen ohne Kraut 125

Est. deutsches Kraftfleisch

im Ausschnitt Pfund 150 in 1 Pfund-Dose 150

Sämtliche Dosen-Packungen der hier angeführten Artikel eignen sich auch zum Versand ins Feld, worauf wir besonders hinweisen.

Schade & Füllgrabe

Wenig getragene Mass-Anzüge

von 12.—, 14.—, 16.— und höher.

Ulster und Paletots

von 10.— 12.— 14.— 16.— und höher.

Die Sachen sind gut erhalten, 3, 4, 5 Monate von besseren Leuten getragen, gut gereinigt und gebügelt. Es sind unterste und Bauchfiguren bis 130 cm Bundweite dabei, last für jede Größe etwas passendes.

Monatsgarderobenhaus

nur im Würzburger Eck
Schnurgasse 2, II.



LIEBESGABENTAG DER KRIEGSFÜRSORGE FRANKFURT AM MAIN

Für nächsten Donnerstag sind erwünscht:

Socken, Tabak, Pfeifen, Mund-Harmonikas, Zieh-Harmonikas, Handschuhe, Konserven, Bleistifte, Hosenträger, Seife.

Theaterplatz 14 :: Bureau 1.

Ludwig Brönnner

Schweinemetzgerei

Franken-Allee 69, Ecke Gutenbergstrasse
Telephon Amt Hansa No. 5867

empfehlts stets **la Wurst- u. Fleischwaren.**
Prompte und reelle Bedienung. — Billigste Preise.

Fahrradhaus „Frisch auf“

Frankfurt a. M., Höhenstrasse 38.

Anerkant beste und billigste

Bezugsquelle für jeden Radfahrer.

„Frisch auf“-Fahrräder in solider Ausstattung.
Sweater zu herabgesetzten Preisen in allen Farben und Größen.
Grosse Auswahl Carbid-Lichtlampen, Taschenlampen u. Batterien.
Reparatur-Werkstätte. — Reelle Bedienung.

Wenig getragene und neue

Anzüge, Paletots, Ulster, Frack, Smoking- und Gehrock-Anzüge, Hosen, Stiefel und Uniformen
Militärmäntel und Uniformen jeder Gattung.
in dem seit Jahrzehnten bekannten

Gelegenheits-Kaufhaus

K. Sondheimer, Buchgasse 5
Telephon Amt Hansa 6587 :: :: Trambahnlinie 18.

1000. Herren

haben schon meine wenig getragene Massgarderobe versucht und wissen, dass dieselbe trotz kleinerer Mängel viel, viel besser und haltbarer ist, wie billige neue Konfektion. Ein aus einem ersten Massgeschäft geliefertes Kleidungsstück hat auch den grossen Vorteil, trotz Regen und Wetter Passon zu halten. Oben angeführte Anzüge, Ulster und Paletots erhalten Sie von Mk. 18.— an auch für ganz starke Figuren.

Abteilung II: Neue Garderoben sehr billig.
Frack-, Kellner- und Gehrock-Anzüge,
einzelne Hosen, Gummi-Mäntel.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Zell 95, I. Eingang Hasengasse 19, I.
Nachdruck verboten

Trauring-Haus

Uhren- und Goldwaren
in grösster Auswahl ::
nur 87 Fahrgasse 87

Franz Lanziner

:: Dreher, Schlosser :: Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen bitten wir Alter und Militärverhältnis anzugeben.

Motorenfabrik Oberursel A.-G.

Coburgstr. 11, Frankfurt a. M.

Wenig getragene Anzüge Ulster Paletots

kauft man immer noch
am billigsten bei

V. Maus

56 Fahrgasse 56.

Lagerarbeiter

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Bewerber mit Materialkenntnissen im elektrischen Geschäft wollen sich melden bei

Brown, Boveri & Cie. A.-G.

Frankfurt a. M.
Neckarstrasse 11.

Billig moderne neue Ulster Paletots Anzüge

Bozener Mäntel, Pelermäntel, Gehrock- u. Smokinganzüge,
alles nur bessere und gute
Qualitäten, doch auffallend

billig!

Kaufhaus für
Monatsgarderoben
Längegasse 33, I. Et.

Briefmarken

einzelne u. Sammlungen gegen
Kasse zu kaufen gesucht. Offert.
unter 3187 an die Exp. d. Bl.

Bertha von Suttner

Die Waffen nieder!

Gebunden Mk. 2.—, brosch. 60 Pf
Auswärts Porto 20 Pf.
Buchhandlung Volksstimme

Allgem. Ortskrankenkasse Hanau

(Stadtkreis).

Zu der am Freitag den 23. Januar 1916, abends 8 1/2 Uhr, im unteren Saale der „Zentralhalle“ stattfindenden

Außerordentlichen Ausschußsitzung

unserer Kasse werden die stimmberechtigten Vertreter gemäß § 89 der Satzung hiermit eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage des Voranschlags für 1916 zur Genehmigung;
2. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für 1915;
3. Bewilligung von 600 Mark für Beschaffung von Kassenvereinigungen.
4. Verschiedenes.

Hanau a. M., den 20. Januar 1916.
Der Vorsitzende: Förster.